

ZU 42746

Angehörigen Info

Herausgegeben von
Angehörigen, Freunden
und Freundinnen
politischer Gefangener
in der BRD

C 10190

15.6.1996

Preis: 3,00 DM

182

Interview mit Helmut Pohl über die Politik der RAF

„Wir müssen jetzt Wege zur Entlassung finden“

Wir veröffentlichen das Interview mit Helmut Pohl, das Oliver Tomlein führte und das in der Konkret vom Juni nicht vollständig abgedruckt worden ist. (Red.)

Zwischen RAF und etlichen Gefangenen hat es eine Spaltung gegeben, die Gefangenen treten nach außen hin nicht mehr als einheitliche Gruppe auf. Als wer oder für wen sprechen Sie in diesem Interview?

Zuerst spreche ich für mich. Aber es fließt auch ein, was ich von anderen Gefangenen weiß. Wir sind seit dem Hungerstreik 1989 allerdings fast alle vereinzelt gewesen. Es gab keine Möglichkeit zum Austausch über die neue Situation. Und die Post ist dafür auch kein geeignetes Medium.

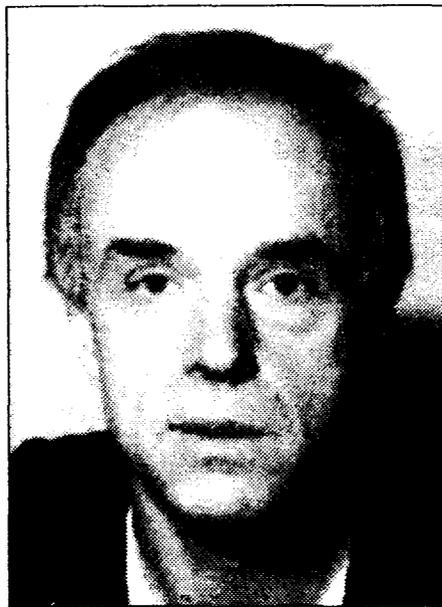
Warum nicht?

Unsere Post wird seit über zehn Jahren ausgewertet. Vom BKA werden damit Projekte zur Stilerkennung gefüttert, jede Zeile von uns wird benutzt – das macht eine Diskussion unmöglich. Es geht aber auch praktisch nicht, ausschließlich über so ein schwerfälliges Medium wie Briefe zu kommunizieren. Es ist einfach ein Unding, nach jahrelanger Isolation und anschließender Abschottung von Außenkontakten. Trotzdem besteht das Kollektiv aber noch weiter: Wir kämpfen zusammen um unsere Freiheit.

Wie erklären Sie, daß sich in Folge der Zäsur von 1992, als die RAF angekündigt hat, die bewaffneten Aktionen gegen Menschen einzustellen, die Gefangenengruppe aufgelöst hat und die RAF von der politischen Bildfläche verschwunden ist?

Eine Zäsur, wie wir sie gewollt haben, ist überhaupt nicht gemacht worden. In unserer Vorstellung war Zäsur das Stichwort für eine Transformierung von dem, was die RAF bisher war, zu einer politischen Kraft, die auf die neue politische Situation einwirken kann. Und das ist nicht gelungen. '92 sind nur endlich diese Aktionen eingestellt worden, und der Rest hat sich in Luft aufgelöst.

Die Ursache liegt darin, daß eine politische Auseinandersetzung darüber, wie es künftig weitergehen kann, überhaupt nicht in Gang gekommen ist.



Aber es gibt mittlerweile ein ganzes Buch voller Papiere, voller Kritik und Selbstkritik von RAF und Gefangenen ...

Aber diese Papiere der RAF und was als „Selbstkritik“ lief, das war doch keine wirkliche Kritik. Das war die 80er Jahre umbiegen und die Kiste umspritzen. Die sogenannte „neue Politik“ der RAF hatte nur versucht, eine Variante „revolutionärer Politik“ im alten Grundschema zu machen, eine Reproduktion desselben, aber sozusagen diesmal ganz richtig. Und so eine Abwandlung des alten Grundkonzepts reicht nicht hin. In diesem Zusammenhang, ich finde es auch nötig, daß die Illegalen ihre Auflösung als RAF erklären. Das wollen auch andere Gefangene ausdrücklich, daß es hier gesagt wird. Und dann muß man sehen, was sich entwickelt.

Wie hätte Ihrer Meinung nach die Diskussion verlaufen müssen?

Um das zu erklären, ist es nötig, sich die Geschichte des Zäsur-Gedankens anzuschauen. Das erste Mal ist von seiten der Gefangenen 1987 von Zäsur die Rede gewesen ...

Also nach den Anschlägen auf den MTU-Manager Ernst Zimmermann, den Siemens-Manager Kurt Beckurts und den Diplomaten Gerold von Braunmühl. Bestand ein Zusammenhang zwischen Ihrer Zäsur-Diskussion und den Anschlägen?

Der Zäsur-Gedanke hat vor allem was mit den internationalen Entwicklungen zu tun. Uns war 1987 klar geworden, daß die Verhältnisse dabei waren zu kippen. Und deswegen mußte nach unserer Meinung das gesamte Konzept, das RAF bis dahin ausgemacht hatte, in Frage gestellt werden. Aus dieser Analyse ist aber keine Diskussion entstanden, sie ist steckengeblieben. Das ist auch eine Kritik an uns Gefangenen: Wir hätten damals, als deutlich wurde, daß wir nicht weiterkommen, von uns aus erklären müssen, daß es so nicht weitergehen kann. Aber wir haben damals gedacht, das geht nicht, damit dringen wir nicht durch. Die Grundgedanken waren uns auch einfach zu wenig, wir konnten, weit weg im Gefängnis und einzeln isoliert, auch nicht sagen, was das alles letztlich bedeutet und wie es weitergehen wird. Trotzdem hätten wir damit herauskommen müssen. Wenigstens hätten wir den Finger draufgelegt, als einige der wenigen damals.

Und wir haben im Hungerstreik '89 noch einmal versucht, diese grundsätzliche Neuorientierung einzuleiten. Danach über unser Drängen darauf, daß die RAF die Einstellung der Aktionen erklärt und dann politische Diskussion, Freiheit der Gefangenen.

Das war eine intern geäußerte Forderung? Ja, das waren unsere internen Diskussionen, was die bewaffneten Aktionen betrifft.

Wieso haben Ihrer Meinung nach die neuen internationalen Entwicklungen dazu geführt, daß der bewaffnete Kampf keinen Sinn mehr macht?

Immer wieder wird die Politik der RAF mit dem bewaffneten Kampf gleichgesetzt. Das war aber nie so gedacht, das sollte nie so sein, und wo es so war, war es ein Fehler. Der Zäsur-Gedanke hat deswegen auch mit dem bewaffneten Kampf erstmal gar nichts zu tun. Mitte der achtziger Jahre war weltweit eine Tendenz zur Entgrenzung festzustellen. Ein Beispiel aus unserer Diskussion damals. In Mittelamerika wurde ein Vernichtungskrieg geführt, und er ist hier überhaupt nicht mehr wahrgenommen worden, im Gegenteil, es wurde das entgegengesetzte Bild verbreitet, und das hat gegriffen. Es ging hier immer darum, daß dort angeblich demokratische Fortschritte zu verzeichnen wären, während tatsächlich ganze Landstriche zerstört worden sind. Gleichzeitig ist hier in Zentraleuropa in allen wesentlichen Bereichen die Macht mit ihren Projekten durchgekommen. Ob es jetzt um Gentechnik geht, um Atomtechnologie, um Festung Europa oder um militärische Strukturen. Es war ein Qualitätsumschlag. Ich will dazu sagen: Der für uns zu dieser Zeit sichtbar wurde. Nicht-Europäer haben uns dazu gesagt, sie hätten das 1980 herum diskutiert, das zeigt auch etwas.

Und deswegen war es für uns von enormer Bedeutung, daß aus einem weiten linken Spektrum Leute zusammenkommen und diskutieren, um zu begreifen, in welche katastrophale Richtung sich die Verhältnisse entwickeln. Denn es war ja nicht nur unser Ansatz, Politik zu machen, überholt worden, auch die anderen linken Gruppen, ja sogar das linke bürgerliche Lager waren gescheitert und standen mit einem Mal ohne angemessene Instrumentarien und Methoden da, die geholfen hätten, mit der neuen Lage umzugehen.

Das heißt, die Entscheidung gegen Anschläge, wie sie früher Kennzeichen der RAF waren, hat grundsätzlichen Charakter. Wie paßt das aber zu Ihrer Erklärung von 1993, in der Sie geschrieben haben: „Ich mache diese Aussagen, die ich in den letzten Jahren gemacht habe, heute nicht mehr. Und die Möglichkeiten, die in der Zäsur gesteckt haben, dürften vorbei sein. Und deswegen werde ich einen Teufel tun und den bewaffneten Kampf, absagen.“ Das paßt besser zu dem Hardliner-Image, das Ihnen die Bundesanwaltschaft verpaßt hat.

Es war sicher ein Fehler, daß ich diesen Schlußpassus der Erklärung im Zorn so formuliert habe. Aber wer den ganzen damals in der TAZ abgedruckten Text liest, kann leicht feststellen, daß der Sinn im Zusammenhang ist: Ich lasse mich nicht zur Staatspropaganda erpressen. Von uns ist damals eine deklaratorische Absage an Gewalt und die RAF-Politik von Anfang an verlangt worden – und dazu bin ich nicht bereit. Die Zäsur war nicht als diese Art Zugeständnis

gedacht, sie wäre notwendig gewesen, um weiter Politik zumachen. In der Anfangszeit unserer Zäsur-Diskussion haben Besucher von uns und die RAF gar nicht verstanden, worum es uns ging. Beispielsweise wurde uns immer wieder entgegengehalten, daß der Angriff aufrechterhalten werden müßte. Ich persönlich finde das überhaupt keinen überzeugenden Gedanken: Wenn zwischendurch was Richtiges gemacht wird, dann schadet es nicht, „wenn der Angriff nicht aufrechterhalten wird“. Aber selbst wenn man das anders sieht, hätte man eine andere Angriffsform finden müssen. Und da hat es in dieser Zeit Überlegungen gegeben – z.B. daß anstelle der Erschießungen Sabotageaktionen auf hohem Niveau gemacht werden könnten. Aber umgesetzt worden ist auch das nicht. Und dieser Hardliner-Vorwurf: der hat mit dem, was wir Gefangenen tatsächlich machen oder sagen, nichts zu tun. Bis 1992/92 galten wir Gefangenen grundsätzlich alle als „hardliner“ – und zwar trotz unserer Anstrengungen, eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu führen. Ich erinnere hier nur mal an diese Vollmer/Käsemann/Walser-Initiative 1988: darauf sind wir eingegangen, und zwar nicht als taktisches Manöver, sondern weil es uns in um diesen Zäsur-Gedanken ging. Aber der Apparat hat das verhindert. Als „hardliner“ galten wir trotz unserer Bemühungen im Hungerstreik 1989, obwohl wir da mit Leuten aus dem Apparat und vielen anderen gesprochen und geredet haben – und alle wußten, daß wir was Neues wollen. Damals sind angebliche Angriffspläne von uns erfunden und durch die Medien lanciert worden. Und es ging dann gegen die übrigbleibenden Gefangenen weiter, trotzdem wir durch Irmgard Möller auch öffentlich erklärt hatten, daß wir die Einstellung der Aktionen begrüßen. Tatsachen haben in dem Propaganda-Rollback überhaupt keine Rolle gespielt.

Wenn man es sich heute anschaut, dann muß man sagen: Statt einer Transformation der RAF und der notwendigen politischen Entscheidung in der Gefangenenfrage für alle Gefangenen ist eine Spaltung gekommen, die über die Reduzierung auf einige wenige Gefangene und die entsprechende „Hardliner“-Propaganda das zu dieser Zeit aktuelle Gefangenenproblem „erledigt“ und es den Staatsapparaten ermöglicht hat, an uns übrigbleibenden Gefangenen doch noch zu versuchen, was sie 20 Jahre lang mit allen Gefangenen vorhatten, zu Ende zu bringen.

Was könnte das Interesse der Bundesanwaltschaft daran sein?

Ihr ist vor allem wichtig, die politische Feindklärung fortwirken zu lassen, und sie will offensichtlich auf keinen Fall den politischen Prozeß zulassen, den wir anstreben. Die RAF-Geschichte soll mit einer Abrechnung beendet werden, die sich natürlich auch an Personen festmacht, und soll eben nicht in einen politischen Prozeß münden.

Und das hat nicht nur was mit der RAF zu tun, sondern zeigt insgesamt, wie Gesellschaft nach Vorstellung von BKA und Bundesanwaltschaft funktionieren soll.

Aber daß das funktionieren kann, hat doch auch was mit der RAF selber zu tun, die nie sehr offen für kontroverse Diskussionen war und die sich niemand vorstellen konnte als eine Gruppe, die zu einem anderen Mittel greift als zu dem, Menschen zu töten.

Sicher hat das auch mit der RAF zu tun. In den 80er Jahren war es keine Spezialität der RAF, nicht offen für kontroverse Diskussionen zu sein. In anderen linken Gruppen war es genauso. Die Ursache dafür liegt meiner Meinung nach ziemlich weit zurück, der Grundfehler bei uns, aber eben auch in vielen anderen linken Gruppen, war, daß politische Strukturen immer wenig oder gar nicht entwickelt wurden. Statt dessen hat sich Ideologie und Aktionismus durchgesetzt. Dabei hatte das RAF-Konzept immer schon beinhaltet, daß es ein Primat der Politik geben muß, die bewaffnete Aktion sollte die Politik befördern, aber nicht ersetzen.

Daß die RAF gerade nicht in erster Linie politisch, sondern militärisch handelt, haben auch linke Gruppen immer wieder kritisiert. Ja, aber immer nur so, wie es ihnen gerade in ihr politisches Konzept gepaßt hat. Deswegen sind diese Auseinandersetzungen immer wieder gescheitert. Ich denke, daß der Grundfehler von allen, den Gruppen der radikalen Linken allgemein und der RAF, war, daß wir uns viel zu wenig in der Realität bewegt haben und viel zu sehr in der Ideologie. Es gab Treffen, Papers, Konzeptdiskussionen, Veranstaltungen, Kampagnen – aber das war nichts Reales. Und der Zusammenbruch der radikalen Linken Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre war die Stunde der Wahrheit für diese Struktur von Politik, wie sie aus den sechziger Jahren gekommen ist – wenn etwas er-

kämpft worden wäre, aus allem, worum es die ganze Zeit ging, dann hätte da etwas von hinübergenommen werden müssen. Aber das ist nicht geschehen. Statt dessen Selbstauflösung und Run auf die Plätze. Und letztlich bringt das darauf, bei der RAF war es ja nur auch nicht anders als sonst, daß die deutsche radikale Linke oder Linke überhaupt nie aus dem Widerspruch rausgekommen ist, im weitestentwickelten System zu leben und die sich daraus ergebenden Widersprüche gleichzeitig nicht auszuhalten. Einerseits möchte man raus, zu etwas anderem, andererseits ist es der beste von allen Plätzen, die sichtbar sind. Dieser Widerspruch hat in unserem Spektrum eine Theorie und Praxis hervorgebracht, die von ideologischem Denken, in sich kreisender Betriebsamkeit und Aktionismus geprägt war. Ich nenne das ‚Politik-Ersatz‘. Und Politik heißt hier: reale Prozesse. Nicht Ideologie. So schlau wie die weiße europäische Linke und noch mal ganz besonders die BRD-Linke war auf der ganzen Welt

kaum jemand. Niemand hat mehr gelesen, so viel geredet wie die Linke hier. Das ist aber nicht Politik. Sie zeigt sich als stationärer Prozeß, der in diesen gesellschaftlichen Rahmen eingepaßt bleibt. Ein Beispiel dafür, was ich mit „stationär“ meine – Frauen kommen doch seit langem massiv damit, daß diese sogenannte Sexismus-Debatte, die Männer-Diskussion, immer nur das Ergebnis hat, daß das Problem debattenmäßig bewältigt wird, damit politisch erledigt ist und alles so bleiben kann, wie es vorher war. Und da haben sie recht. Es ist eine Art Problembeseitigungsmechanismus. In dem Beispiel ist das nur besonders dicht. Es ist auch im Anti-Rassismus da. Es war beim WWG '92 da, die guten Veranstaltungen als Ersatz.

Und die RAF ist Ihrer Meinung nach Teil dieses stationären Prozesses?

Sie war Teil davon geworden. Die Aktionen, die dann in der 2. Hälfte der achtziger Jahre gemacht wurden, waren für die meisten der heutigen Gefangenen grundsätzlich falsch. Die bewaffnete Aktion hatte für uns ja immer eine strategische Funktion. Sie sollte was klarmachen und weiterbringen. Die Aktionen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren aber nur noch eine Auseinanderreißung von Erschießungen. Und letzten Endes, wenn man sie auf einen politischen Kern reduziert, bleibt nichts übrig als Bestrafungsaktionen. Und die RAF wußte auch, daß wir diese Aktionen kritisieren. Sie wußten z.B. von mir auch ausdrücklich, daß ich dagegen bin, daß die Entwicklung so weitergeht, daß Leute abtauchen. Wenn ein Konzept keine Perspektive mehr hat, kann man, selbst wenn man

sagt, der Angriff muß aufrechterhalten werden, nicht neue Leute holen. Die stellen sich vor, sie setzen dort den Kampf, den sie in konkreten Basisprojekten gemacht haben, an anderer Stelle fort, gehen aber tatsächlich ins Leere. Ich will hier kein falsches Bild aufkommen lassen, ich will uns nicht davon abtrennen. Wir waren alle Teil davon und haben es getragen. Ich spreche hier zur Verkehrung der Verhältnisse in der Abwicklung des Gefangenenproblems während der letzten Jahre. Wir haben es weitergetragen, vom Aufschrei bis zum Verstummen, weil wir eine Kontinuität wollten.

Wir waren vollständig überstimmt von den absehbaren Auswirkungen des gesamten Umbruchs und haben gedacht, es muß doch eine Kraft her. Das hat uns die entscheidende Konsequenz versperrt.

Aber widerspricht sich das nicht: einerseits eine Kontinuität zu wollen, andererseits dagegen zu sein, daß neue Leute in die Illegalität gehen?

Es ging nicht um eine Kontinuität der RAF, wie sie bestanden hat, sondern um eine

Kontinuität von Inhalten. Der bewaffnete Kampf war doch nicht der Inhalt der RAF. Der Inhalt der RAF war, wenn man es mal auf den Punkt bringt, Befreiung.

Sie kritisieren die Anschläge und Attentate der RAF in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Was war denn vorher besser? Wo sehen Sie z.B. den Unterschied zwischen dem fehlgeschlagenen Versuch, General Kroesen zu töten, und dem Genickschuß auf den Diplomaten von Braunmühl?

Sie sprechen da eine Aktion an, wo das unterschiedliche Verständnis aufeinandertrifft. Wir haben Aktionen wie die gegen Braunmühl Anfang der Achtziger verworfen, wir waren durch die Funktion dieses Amtes auf einen seiner Vorgänger gestoßen, weil für uns dabei das Mittel und der politische Zweck kraß auseinandergefallen wäre. Übrigens eben auch aus der Erfahrung von denen von uns aus der 77er Zeit, die als fiktive „hardliner“ besonders beliebt sind. Die Aktion gegen Kroesen oder gegen den Stützpunkt Ramstein erfolgte dagegen im Rahmen der Auseinandersetzung um die NATO-Nachrüstung. Beide waren bestimmt als strategische Aktionen, die angreifen sollten, was unserer Meinung nach den weltweiten Umbruch forcierte: die mi-



litärische Aufrüstung in den Zentren.

Die Nachrüstung zu verhindern war auch ein Ziel der Friedensbewegung, die im großen und ganzen die RAF-Anschläge strikt abgelehnt hat. Hat Sie das nicht stutzig gemacht?

Na ja. Es gab ja auch viele, die die Friedensbewegung stutzig gemacht hat. Die Friedensbewegung hat zum Beispiel eine starke nationale Schlagseite gehabt. Sie hat sich vor allem dagegen gewandt, daß der Krieg hier geführt werden soll, und dieser Teil der Friedensbewegung hat sich auch nicht um imperialistische Interessen und Kriegsziele geschert.

Wenn Sie an der Friedensbewegung zu Recht eine nationale Schlagseite kritisieren, dann muß es Ihnen doch beim Leser mancher alter RAF-Texte auch unbehaglich werden. Dort wird Deutschland auch als US-Kernstaat bezeichnet und als besetztes Land charakterisiert.

Das sind Töne, die aus den 70er Jahren kommen und die ihren Grund in einer fatal verkürzten Analyse hatten: Aus der Tatsache,

daß das US-Kapital weltweit führend war und daß die US-Konzerne die deutschen Konzerne dominiert haben, ist geschlossen worden, daß die BRD eine Art US-Kolonie sei. Das war falsch. Aber in unserer Politik hat diese Überlegung nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Aber die Anschläge richteten sich meistens gegen US-Militäreinrichtungen oder US-Militärs.

Ja. Aber immer im Zusammenhang mit der NATO und der Nachrüstung. Das waren keine Aktionen gegen die USA als Besatzer. Aber ich gebe zu, daß es da in der Linken insgesamt und damit auch in unserem Spektrum offene Flanken gab. Es gab anti-amerikanische Blüten, die gingen so weit, daß US-Kultur abgelehnt wurde. Aber wir, ich war damals illegal, haben diesen als Anti-imperialismus verkleideten Antiamerikanismus in Gesprächen und bei unseren Kontakten kritisiert. Das hat allerdings manchmal nichts geholfen. Es gibt da sowieso ein falsches Bild davon, wie die Situation von uns und von unserem Umfeld damals war. Wir haben Anfang der Achtziger auch die RAF nicht verstärken wollen, wir haben Leute, die zu uns stoßen wollten, in die Kämpfe vor Ort zurückgeschickt. Wir woll-

ten Strukturen und politische Prozesse, und zurück kam die Aufforderung, wir sollten Aktionen machen. Den Druck konnten wir damals auch nicht ändern. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß alles so läuft, wie man sich das in einem Konzept ausdenkt und vorstellt. Das hat später bei der Zäsur-Debatte ja auch nicht geklappt.

Es gab lange Zeit die Forderung der Gefangenen, in ein oder zwei großen Gruppen zusammengelegt zu werden, damit eine Auseinandersetzung untereinander stattfinden kann. Was denken Sie heute, wie es weiterlaufen könnte?

Es kann für uns nur darum gehen, wieder auf die Tagesordnung zu setzen, daß wir raus müssen. Nach wie vor ist das eine politische und keine juristische Frage. Es geht hier nicht um eine abstrakte prinzipielle Ebene. Wir haben es auch nicht mit der Justiz im allgemeinen zu tun, sondern mit der BAW und den Staatsschutzgerichten, und wir haben die bekannte Haft- und Prozeßgeschichte. Abgesehen davon geht es den meisten von uns gesundheitlich außerordentlich schlecht, so daß diese Perspektive zwanzig Jahre und noch ein bißchen mehr, je nachdem, wie man sich individuell verhält, für uns keine ist. Wir müssen jetzt Wege zur Entlassung finden. Und dafür muß es eine Entscheidung geben, die mehr ist als nur Worte. Es muß etwas sichtbar werden, vor allem in unserem Gefangenenstatut: Was man man sonst mit jemandem, den man

in absehbarer Zeit rauslassen will? Der kann seine sozialen Beziehungen nach draußen aufbauen. Entsprechendes muß für uns auch möglich werden. Wir müssen anfangen können. Grundlagen zu bauen dafür, wie wir anschließend leben wollen. Es muß Kommunikation und Arbeitsprojekte geben können. Wir haben ja derzeit fast keine Kontakte nach draußen. Man muß sich klar machen, daß dieses Interview eine der ganz wenigen Gelegenheiten ist, wo ich mit jemandem von draußen zusammenhängend länger sprechen kann. Mein größter Erfolg in meiner ganzen Haftzeit war vor einigen Wochen 90 Minuten Gespräch ohne LKA-Überwachung.

Ist diese Orientierung auf Kommunikation mit Leuten von draußen bei den Gefangenen Konsens?

Es geht bei uns hin und her, weil manche meinen, es sei wichtiger, daß wir Zusammenlegung haben und was Gemeinsames veröffentlichen können. Ich war immer der Meinung, daß es viel wichtiger ist, daß aufgemacht wird.

Wir sind alleine zu wenig, um weiterzukommen, wir brauchen weiterreichenden Austausch. Es kann auch gar nicht darum gehen, das, wofür vor Jahren das Stichwort „Diskussion“ stand, jetzt noch nachzuholen. Natürlich suchen wir Gespräche für gemeinsames Interesse, das ist ja klar, aber Kommunikation mit draußen hat für uns vor allem den Sinn, erste Schritte auf dem direkten Weg zur Freiheit zu finden.

Das Schlimmste, was bei uns jetzt geschehen war, und daraus resultiert auch die ganze Schärfe der inneren Auseinandersetzung, ist, daß wir aus langen Jahren der Isolation nicht etwa in eine Situation gekommen sind, in der wir diese Isolation hätten verarbeiten können. Das, was in diesen langen Jahren geschehen ist, hätten wir zusammen mit anderen besprechen und verarbeiten müssen. Aber das wurde nicht zugelassen. Statt dessen sind wir aus der Isolation ins Vakuum der normalen Stationen gekommen, in einen Kreis von Personen im Gefängnis, der auch sehr klein ist und wo das nicht geht, und nach außen sind wir weiterhin strikt abgeschottet geblieben. Da sind erst die gesundheitlichen Abstürze bei uns gelaufen, da kam die Isolation voll zur Wirkung. Und diese Isolation mit ihren Folgen, die wir am eigenen Leib erlebt haben, die muß überall, wo sie auftaucht, bekämpft werden. Wenn einer lange drin war, muß danach etwas geschehen, da kann man nicht einfach den Deckel aufmachen, und dann muß er sehen, wo er bleibt und wie. Und wenn ich das hier sage, als einer, der es selbst mitgemacht hat, dann nicht, um unsere schlimme Geschichte herauszustellen, sondern weil es sich in den Gefängnissen abzeichnet, daß diese systematische Isolation, der wir vom ersten Tag an ausgesetzt waren, zunehmend auch allgemein auf andere Gefangene angewandt wird, die wegselektiert werden sollen.

Redebeitrag auf der Anti-Nato-Demo – Berlin

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Wir dokumentieren im folgenden einen Redebeitrag, der auf der Anti-Nato-demonstration am 3.6. in Berlin gehalten wurde und dem die rund 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufmerksam zuhörten.

Wir reden jetzt von den Gefangenen aus der RAF, weil sie an vorderster Front gegen die Nato-Kriegspolitik gestanden haben. Weil wir wollen, daß sie frei sind.

Die RAF hatte sich vorgenommen, aus den Bedingungen hier mit den Befreiungsbewegungen im Süden der Welt eine gemeinsame Kraft gegen das imperialistische System aufzubauen und es so zu überwinden. Also ein Befreiungsprojekt zur Verteidigung bzw. Rückeroberung des Lebens für die Mehrheit der Weltbevölkerung.

Es war in den 70ern greifbar, einen Durchbruch gegen die globale zerstörerische Entwicklung der imperialistischen Herrschaft zu erkämpfen. Das lag an der Stärke und Massenhaftigkeit der Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika und dem gleichzeitigen Aufbruch in Westeuropa und Nordamerika.

Wir wissen alle, daß es anders gekommen ist und daß alle mit einer Entwicklung konfrontiert sind, wie die Reichen und Regierenden vorsehen Richtung Weltfaschismus.

Trotzdem waren die Kämpfe für eine Umwälzung nicht umsonst.

Die Guerilla hat die Wirklichkeit in der BRD entscheidend mit geprägt. Sie hatte eine starke Wirkung auf die gesamte Linke. Es gab natürlich Distanzierungen bis hin zum Verrat, aber auch und das ist wichtiger: viele legale Gruppen bezogen sich auf die Analyse und Strategie der RAF. In der internationalistischen Arbeit, in den Kämpfen gegen imperialistischen Krieg, gegen die Nato.

In der Zeit gab es viel Kritik an der Fixierung auf die Militärstruktur. Davon war einiges berechtigt,

aber die Wirklichkeit jetzt hat unsere Vorstellungen von damals weit überholt:

die Annexion der DDR, der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, Bundeswehrsoldaten in Kambodscha, Somalia, Jugoslawien und Georgien, ein General als Innensenator von Berlin ...

Angesichts der Triumphe des Kapitals stellt sich die Frage: Warum werden die Gefangenen weiter gequält, obwohl dieser Befreiungsprozeß abgeschlossen zu sein scheint.

Es ging dem Staat von Anfang an darum, die Gefangenen nicht nur einzusperren, sondern sie durch spezielle Methoden zu brechen. Diese Folter – seit 25 Jahren in Variationen praktiziert – hat Spuren hinterlassen. Sie hat Spuren hinterlassen, aber sie ist nicht vollständig durchgekommen. Sie hat ihr Ziel nicht erreicht, denn es ihnen nicht gelungen, alle zu brechen und damit jede Spur dieser Politik auszulöschen.

Langandauernde, z. T. internationale Mo-

bilisierung für die Freiheit der Gefangenen erkämpfte die Entlassungen zuerst von Günter Sonnenberg 1992 bis jetzt im Mai die von Hanna Krabbe.

Das Vernichtungsinteresse des Staates konzentriert sich auf die, die jetzt noch drin sind. Die beabsichtigte Zementierung endloser Haft durch die inszenierten Kronzeugen-Prozesse, die fortgesetzte gesundheitliche Zerstörung der Gefangenen zeigen das deutlich.

„Was könnte das Interesse der Bundesanwaltschaft daran sein?“ So ist eine Frage in dem Interview mit Helmut Pohl, Gefangener aus der RAF in den frühen 70er und danach seit 84.

Er sagt: „Ihr ist v. a. wichtig, die politische Feinderklärung fortwirken zu lassen, und sie will offensichtlich auf keinen Fall den politischen Prozeß zulassen, den wir anstreben.“

Die RAF-Politik soll mit einer Abrechnung beendet werden, die sich natürlich auch an Personen festmacht, und eben nicht in einem politischen Prozeß münden, und das hat nicht nur mit der RAF zu tun, sondern zeigt insgesamt, wie die Gesellschaft nach Vorstellung von BKA und Bundesanwaltschaft funktionieren soll ...“

Diese gesellschaftliche Bedeutung hat auch Sieglinde Hofmann in dem Kronzeugenprozeß gegen sie dargestellt: Als Warnung und Abschreckung gegen eine neue Generation des Aufbruchs und um Untertanen zu produzieren. Denn mehr denn je braucht das kapitalistische imperiale System eine Mischung aus Egoismus, Gleichgültigkeit, Mitläufertum, Entpolitisierung einerseits und reaktionäre, rassistische, faschistische Cliquen – etablierte Cliquen – andererseits als vorherrschenden gesellschaftlichen Mainstream.

Weil es immer umfassender, grenzenloser und aggressiver weltweit und im Inneren der Metropolen agiert, die Anzahl der Menschen, die ausgegrenzt sind und werden, deren Leben nichts zählt, deren Lebenschancen immer geringer werden, die auf ewig an der Armutsgrenze gehalten werden sollen, wächst im Trikont und in den Metropolen relativ gleichermaßen. Und das soll alles als Normalität gegessen werden ...“

Wir reden hier, weil wir diese Normalität nicht akzeptieren. Wenn wir das nicht schaffen, dagegen solidarische Beziehungen aufzubauen, werden wir kaputtgehen.

Die Bewegungen jetzt gegen Faschismus und Krieg brauchen ein Bewußtsein über ihre Vergangenheit und Ursprünge. Sonst haben sie auch keine Zukunft.

Wir fordern euch deshalb auf, euch an den Initiativen für die Freiheit der politischen Gefangenen zu beteiligen. (...)

Die Menschenwürde behaupten – die Folter besiegen

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Freunde und Freundinnen der politischen Gefangenen in der BRD – Berlin, 3.6.96 (gekürzt)